Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 40 Mark, monatlich 15 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 5 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 6 Pfennig, die Reklamezeile 30 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Anzeigen-Preis für die neungespaltene Kleinzeile 50 Mark (Grundzahl). — Reklamezeile 225 Mark × Schlüsselzahl 18 000 000.

Nr. 127. | Postscheck-Konto: Berlin 62 448 | Dienstag, den 30. Oktober 1923 | Postscheck-Konto Berlin 62448. | 22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publikum, oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.

Der ohne mein Wissen eingerichtete Eigentumsschutz hat keinerlei amtliche Befugnisse und kommt für die Oeffentlichkeit nicht in Frage.

Dem Schlosser Gustav Fürn ist die Genehmigung erteilt, auf seinem Grundstück, Borgsdorf, Straße 2, Selbstschüsse anzubringen.

Birkenwerder, den 29. Oktober 1923.

Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Fernsprechteilnehmer in Bergfelde, Birkenwerder, Borgsdorf, Hohen Neuendorf und Stolpe haben für den Fernsprechnachtdienst bis spätestens zum 5. November d. Js. in der Gemeindekasse des Wohnortes einen Kostenanteil in Höhe von 15 Milliarden für Monat November zu zahlen. Bis dahin nicht bezahlte Anschlüsse werden von der Einrichtung ausgeschlossen, verspätete Zahlungen werden auf wertbeständiger Grundlage erhoben.

Die Mietszuschläge für den Monat November werden von dem Herrn Landrat festgesetzt, ihre Veröffentlichung erfolgt am 31. d. Mts. im Briesetal-Boten.

Beihilfen zur Brotverbilligung für Klein- und Sozialrentner können sofort in der Gemeindekasse in Empfang genommen werden.

Birkenwerder, den 29. Oktober 1923.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Gemeinsame Bekanntmachung der Gemeinde-Vorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Preise für Küchen- und Ofenbrand.

a) bei Selbstabholung ab Lager . . . Mk. 20 Milliarden,
b) bei Lieferung frei Erdgeschoß oder Keller Mk. 20,800 Milliarden.

Preise für Brikettlieferungen in Fuhren nicht unter 30 Zentnern.

a) bei Selbstabholung ab Lager . . . Mk. 20 Milliarden,
b) bei Lieferung frei Erdgeschoß od. Keller Mk. 20,600 Milliarden.

Diese Preisfestsetzung tritt mit dem 26. Oktober in Kraft.

Berlin, den 26. Oktober 1923.

Der Kreisausschuß des Kreises Niederbarnim.

Veröffentlicht.

Die Gemeindevorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Es sind wiederholt Klagen über verspätete Vorspannstellung bei Feueralarm durch die Gespannhalter des Kreises laut geworden. Ich habe daher Veranlassung, die Besitzer von Zugpferden auf die ihnen aus § 37 der Kreisfeuerpolizei- und Löschordnung vom 6. Januar 1909 erwachsene Verpflichtung, auf Erfordern Vorspann zu leisten, hinzuweisen. Die ungesäumte Vorspannleistung ist zur Vermeidung größeren und in den heutigen Zeiten unersetzbaren Schadens, der bei verspäteter Gestellung der Gespanne und mithin verspäteten Eintreffens der Feuerwehr auf der Brandstelle eintreten muß, unbedingt erforderlich.

Berlin, den 10. Oktober 1923.

Der Landrat. Schlemminger.

Borgsdorf, den 29. Oktober 1923.

Der Gemeindevorsteher. Rodewald.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Eine graue Schäferhündin als zugelaufen gemeldet.

Bergfelde, den 29. Oktober 1923.

Der Amtsvorsteher. J. V.: Bors.

Kurze Nachrichten.

— Die Reichsbank hat am Sonnabend wertbeständiges Geld ausgegeben: Rentenmark und Goldanleihe-Zwischenstücke und -scheine in Beträgen von 1/10 bis 5. Dollar. Es soll damit einer der größten Kalamitäten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland zunächst ein Ende bereitet werden.

— Infolge des Niederganges der Papiermark und der zunehmenden Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Goldmarkrechnung wird auch die deutsche Reichsbahn zum 1. November im Personen-, Güter- und Gepäckverkehr zum Goldrechnungstarif übergehen.

— Zum ersten Male haben jetzt türkische Damen bei einem Wohltätigkeitsfest an einer öffentlichen Tanzvorführung teilgenommen. Es wird sogar gemeldet, daß in allernächster Zeit die ersten Türkinnen auf der Bühne erscheinen sollen, und die Türkei beseitigt immer noch.

Engros **Korbmöbel** Detail

Enorm billiger Einzelverkauf direkt an Private.

Welt unter Ladenpreis.

Sessel, Garnituren, Tische usw. in Peddigrohr und Weide :-: Grosse Auswahl! :-: Nur prima Ware!

Spreewitz, Reinickendorf, Residenzstrasse 132, kein Laden.

10 Minuten vom Bahnhof Reinickendorf - Rosenthal

Ultimatum der Reichsregierung an Dr. Zeigner.

Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufrufen an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Auflehnung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des Sonntags erwartet, und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Fall einer Ablehnung ihrer Aufforderung sofort ergreifen wird.

Sachsen lehnt ab.

Dresden, 28. Oktober. Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor, und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Absetzung der sächsischen Regierung.

Durch den Beschluß der sächsischen Regierung ist der offene Konflikt heraufbeschworen worden. Die Reichsregierung wird nunmehr unverzüglich die Schritte unternehmen, die in dieser Lage unumgänglich notwendig geworden sind. Montag früh wird auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, zum Regierungskommissar für Sachsen ernannt werden. Er ist bekanntlich vor vier Wochen durch den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zugunsten des jetzigen sächsischen Staatskanzlerchefs Brandler seines Amtes enthoben worden. Außerdem hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die der Reichskanzler ermächtigt wird, die sächsische Regierung und andere Behörden abzusetzen. Die Reichsregierung ist also entschlossen, ohne eine neue Stellungnahme des sächsischen Landtages, auf die in dem Beschluß der sächsischen Regierung angespielt wird, abzuwarten, die gegebenen Konsequenzen zu ziehen.

* * *

Eine Aufforderung an Bayern.

Im Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entschließung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

„Unser ist das Land!"

Die Rede des Kanzlers in Hagen.

Hagen, 26. Oktober.

Bis auf die letzte Ecke war der große Saal der Stadthalle gefüllt, als der Reichskanzler Dr. Stresemann heute in Begleitung des Reichsinnenministers Sollmann und des Ministers für die besetzten Gebiete Fuchs erschien. Viele Hunderte hatten an den Eingängen noch umkehren müssen, da sie keinen Platz mehr fanden, um, wie Innenminister Sollmann in seiner eröffnenden Ansprache sagte, den Rechenschaftsbericht der Reichsregierung entgegenzunehmen. — Die Reichsregierung empfinde mit dem ganzen Volke die furchtbare Not des Augenblicks, für welche die Schuld in ihrer ganzen Wucht auf Frankreichs Schultern laste. Kein anständiger Mensch habe etwas mit dem Gesindel gemein, das sich als „Separatisten" der Herrschaft am Rhein bemächtigen wolle. Die Regierung denke nicht daran, die Rheinlande preiszugeben. Der Minister für die besetzten Gebiete, Fuchs, sprach den besetzten Gebieten den aufrichtigen und herzlichen Dank der Reichsregierung für ihr mutvolles Ausharren bei all der Bedrückung aus, der sie ausgesetzt gewesen seien.

Reichskanzler Dr. Stresemann

führte im Eingang seiner Rede aus, der Kampf um Rhein und Ruhr habe wohl jetzt den Höhepunkt erreicht, ein Kampf, der mit ungleichen Waffen geführt werde, wo unter dem Schutz französischer und belgischer Bajonette die Separatisten den Versuch machten, ihre Herrschaft aufzurichten, um das Rheinland und andere deutsche Gebiete unter ihre Gewalt zu bringen. Wenn die Franzosen und Belgier nicht dahinter ständen, so würde die Bevölkerung, und zwar die ganze Bevölkerung des Rheinlandes, diesem Karnevalszug in 24 Stunden ein schnelles Ende bereiten. Aber was dort an Rhein und Ruhr geschehe, sei nur ein Ausschnitt aus der großen deutschen Not. Leider sei dies nicht die einzige Not dieser Stunde.

Uns droht das Gespenst der immer größer werdenden Erwerbslosigkeit, der Preissteigerung und des Währungsverfalls. Die Schuld an diesem ganzen Unheil falle einzig und allein Frankreich zur Last, und die Mittel, die Frankreich gegen Deutschland anwende, seien gegen Gesetz, Vertrag und Recht und gegen die geschriebenen Verträge und das ungeschriebene Menschenrecht der Völker.

Der französische Ministerpräsident habe wiederholt erklärt, daß es nur der passive Widerstand sei, der ihn daran hindere, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Jetzt, wo alle Verordnungen, die sich auf den passiven Widerstand beziehen, seitens der deutschen Regierung aufgehoben seien, behaupte er, der passive Widerstand dauere noch an, weil die Unterstützungen bis zum 20. Oktober gezahlt worden seien und weil die Beamten ihre Gehälter weiter erhalten hätten. Wenn der französische Ministerpräsident jetzt verlange, daß erst einmal der Zustand an Rhein und Ruhr wiederhergestellt werden müsse, wie er vor dem 11. Januar bestanden habe, dann müsse man doch fragen, wann die französische Regierung auch diesen Zustand wiederherstellen wolle.

Er, der Reichskanzler, wiederhole, was er letzthin im Reichstage ausgesprochen habe: Unser ist der Boden, unser ist das Land, unser ist der Besitz an diesen Eisenbahnen, und das wollen wir uns nicht rauben lassen. Niemals werden wir durch eine Unterschrift von unserer Seite diesen Raub zu einem legalen machen. Wie sei denn die Lage? Das Rheinland sei seit Jahr und Tag behandelt worden wie eine französische Militärkolonie, nur daß in einer solchen Kolonie vielleicht noch mehr Freiheit herrsche als an Rhein und Ruhr. Für das Rheinland bestehe das Rheinlandabkommen. Das sei wahrlich schon Eingriff in die deutsche Freiheit genug. Sei denn Deutschland ein Freiwild für die französische Gewaltpolitik? Einmal müsse die Zeit vorüber sein, wo man glaube, daß man mit Deutschland nur auf dem Wege der Diktate weiterverfahren könne. Deutschland möge zu schwach sein, sich zu wehren; man könne es vergewaltigen, aber man könne es nicht zwingen, seine Unterschrift unter die Vergewaltigung zu setzen.

Der Reichskanzler ging dann auf die deutschen Vorschläge ein. Die Verhandlungen hatten ein Ergebnis bisher nicht gehabt, aber bis zum letzten Augenblick wolle er, der Reichskanzler, hoffen, daß sie doch noch zu einem Abschluß führten, denn, wenn das nicht geschähe, so stehe er furchtbare Folgen: Hungersnot, Wirrwarr und Chaos. Deutschland habe vielleicht schon mehr an Reparationen geleistet, als es mit Rücksicht auf das deutsche Volk hätte tun dürfen, aber die deutsche Regierung, an deren Spitze er stehe, wäre

zu weiteren Opfern bereit gewesen

für die Freiheit der deutschen Erde. Kein materielles Opfer sei zu hoch, als daß es nicht gebracht werden könnte und müßte für die Freiheit des deutschen Volkes und des deutschen Bodens. Deutschland bettele nicht um Gnade, aber es fordere sein Recht aus dem Vertrage, ganz gleich, ob England in einem Punkt für oder gegen uns sei. Wenn man aus klar erkennbaren Gründen immer wieder von französischer Seite den Versuch mache, Deutschland die Alleinschuld für den Weltkrieg aufzubürden, so weise er diese

Kriegsschuldlüge mit aller Entschiedenheit zurück.

Jeder deutsche Wiederaufbau müsse vom sittlichen Empfinden des deutschen Volkes ausgehen. Die Technik und Wirtschaft allein könnten uns nicht retten. Das Wichtigste aber sei die Lust und Freude an der Arbeit, und nur das Pflichtgefühl könne uns retten. Noch etwas anderes tue not.

In diesem Augenblick, wo Deutschland von außen so schwer bedroht sei, sei nichts gleichgültiger und überflüssiger als Parteiprogramme. Jetzt, wo die Karre im Dreck stecke, sei nur der wahrhaft national, der ohne Zögern mit zufasse, sie aus dem Dreck wieder herauszuziehen, nicht aber der, der dabei stehe und erkläre: ihr seid nicht die rechten Leute.

Es sei ein unerträglicher Zustand, daß jetzt innerpolitische und innerstaatliche Streitigkeiten sich ergeben. Nach der Besprechung der deutschen Ministerpräsidenten, die in Berlin stattgefunden hätte, hoffe er, daß das Mißverständnis zwischen Bayern und dem Reiche zu Ende sei, und es sei selbstverständlich, das wolle er nachdrücklich betonen, daß in dem Kampfe um die

Erhaltung der deutschen Pfalz

die deutsche Reichsregierung Seite an Seite mit Bayern stehe. Gewiß sei die Gegenwart Not, Elend und Unterdrückung, schloß der Kanzler, aber im Vertrauen auf eine bessere Zukunft müßte diese Gegenwart ertragen werden. Er glaube an eine deutsche Zukunft, auf die unser deutsches Vaterland ein Recht habe. (Langandauernder brausender Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers sang die Versammlung das Deutschlandlied. Der Reichskanzler fuhr noch am Abend nach Berlin ab und ist dort eingetroffen.

* * *

Unterstützung des besetzten Gebiets.

In einer im Kreishaus vorher abgehaltenen Besprechung über die Lage im besetzten Gebiet erklärte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung nicht im entferntesten daran denke, das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen, und daß etwa in dieser Hinsicht bestehende Befürchtungen absolut unbegründet seien. Er legte im einzelnen